



## OECD-Studie Learning für Jobs: Ländervergleich

Die OECD hat mit ihrer Studie „Learning for Jobs“ die Berufsbildungssysteme der Länder Schweiz, Australien, Korea, Norwegen, Schweden und Ungarn untersucht. Die Schweiz hat sich unter anderem an dieser OECD-Studie beteiligt, um mit anderen Ländern Vor- und Nachteile ihres Systems zu vergleichen.

Die nachstehende Tabelle stellt die Länderempfehlungen der OECD den Informationen zum Berufsbildungssystem der Schweiz thematisch gegliedert gegenüber. Die Empfehlungen der OECD zur schweizerischen Berufsbildung sind auf den Seiten 7 und 8 zusammenfassend dargestellt.

<b>Steuerung des Berufsbildungsangebotes</b>	
<b>Länderempfehlungen OECD</b>	<b>Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele:</b>
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Staaten des Commonwealth sollten sich auf gemeinsame Prinzipien für die Steuerung des Berufsbildungsangebotes (u.a. Finanzierung) verständigen, ohne die regionalen Bedürfnisse ausser Acht zu lassen. Die Kosten von regionalen Ausprägungen des Systems und dadurch verursachten Doppelspurigkeiten sollten quantifiziert werden.</li> <li>Prognosen zu beruflichen Qualifikationen sollten nicht für eine zentrale Steuerung verwendet werden, da sie oft nicht zuverlässig sind. Das System sollte vermehrt durch die Nachfrage der Studierenden und durch das Lehrstellenangebot der Arbeitgeber definiert werden.</li> </ul> <p><b>Korea:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Es sollten Gremien geschaffen werden in denen die Interessenvertreter der Industrie sowie auch alle zuständigen Ministerien an der Entwicklung und der Implementierung der Berufsbildung beteiligt sind.</li> </ul> <p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Um das Berufsbildungsangebot und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes besser aufeinander abzustimmen, sollte die Wahl der Studierenden durch qualifizierte Berufsberatung auf Sekundarstufe I und II begleitet werden.</li> <li>Die Planung des Berufsbildungsangebotes sollte unter Berücksichtigung der verfügbaren Lehrstellen erfolgen. Regionale Berufsbildungsprogramme mit wenig Interessenten sollten reduziert werden.</li> </ul> <p><b>Schweden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Sozialpartner sollten die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes verstärkt in die berufliche Bildung einbringen können. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung einer nationalen Kommission für die Berufsbildung empfohlen, der die verschiedenen zuständigen Ministerien und die Sozialpartner angehören.</li> </ul>	<p>Die <b>Zuständigkeiten</b> in der Berufsbildung sind definiert: Im Unterschied zu anderen Ländern besteht keine fragmentierte Aufteilung der Kompetenzen.</p> <p><b>Ein Ministerium (EVD)</b> bzw. ein Bundesamt (BBT) ist für <b>sämtliche nicht-akademischen Berufe</b> verantwortlich.</p> <p>Das Bundesgesetz über die Berufsbildung (SR 412.10) regelt entsprechend sämtliche Berufe im nicht-akademischen Bereich. Die Abschlüsse sind eidgenössisch anerkannt.</p> <p>Die <b>Verbundpartnerschaft</b> zwischen Bund, Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt funktioniert gut.</p> <p>Die <b>Organisationen der Arbeitswelt</b> legen die <b>Inhalte der Ausbildung</b> in Bildungsverordnungen fest und bestimmen somit die Inhalte der beruflichen Bildung. Sie sorgen dafür, dass eine <b>hohe Arbeitsmarktfähigkeit</b> entsteht, <b>ohne aber zu firmenspezifisch</b> zu sein.</p> <p>Als Instrumente für die <b>Beobachtung des Lehrstellenmarktes</b> und die Situation der Lehrabgänger dienen das Lehrstellenbarometer (zwei Ausgaben pro Jahr), eine monatlichen Umfragen bei den Kantonen sowie die Arbeitslosendaten).</p> <p>Es besteht eine <b>Steuerung</b> der Berufsbildung mittels Berufsbildungsforschungsstrategie und Förderungsmittel zur Entwicklung der Berufsbildung.</p>



## Kosten, Finanzierung / Erträge / Qualität in der Berufsbildung

Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Studierende sollten die Berufsbildung bis zum üblichen Schulende - das heisst bis zu Zertifikat I und II - kostenfrei besuchen können.</li><li>• Studiengelder für höhere Berufsbildungsqualifikationen sollten auf der gleichen Basis wie für die Hochschulbildung erhoben werden und die Kosten durch einkommensbezogene Anleihen gedeckt werden.</li><li>• Kosten und Erträge der Berufslehre sollten analysiert, Reformen sollten evaluiert werden und die Resultate für die Politikplanung benutzt werden.</li></ul> <p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die norwegischen Arbeitgeber erhalten substantielle finanzielle Unterstützung für ihr Lehrstellenangebot. Es sollte sichergestellt werden, dass die Qualität der Lehrstellen auch entsprechend hoch ist.</li><li>• Eine systemische Untersuchung von Kosten, Erträgen und Qualität der Lehre sollte gemacht werden.</li></ul> <p><b>Ungarn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Regierung sollte die <i>Arbeitgeber regelmässig und in verständlicher Form über die Abgaben bezüglich Berufsbildung und die daraus stammenden Zusprachen für verschiedene Funktionen informieren.</i></li><li>• <i>Dies wäre eine wichtige Basis</i> würde für die Überprüfung des Instrumentes der Abgaben.</li></ul>	<p>Die <b>Kosten und Erträge der öffentlichen Hand für die Berufsbildung</b> sind seit 2004 bekannt.</p> <p><b>Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung für die Betriebe</b> wurden in zwei Erhebungen (2000 und 2004) eruiert und sind somit ebenfalls bekannt. Die Analyse hat gezeigt, dass sich die Ausbildung für die Betriebe mehrheitlich lohnt. Aus diesem Grund ist eine finanzielle Unterstützung der Betriebe für die Berufsbildung kein Thema in der Schweiz.</p> <p>Die <b>Berufsbildung auf Sekundarstufe II</b> ist für die Lernenden <b>kostenfrei</b> und sie erhalten in den betriebslehren einen Lohn.</p> <p>Bezüglich der <b>höheren Berufsbildungsabschlüsse</b> wurde festgestellt, dass diese eine hohe <b>private Bildungsrendite</b> abwerfen (vgl. Bildungsbericht 2006).</p>

## Standards / Kompetenzen / Assessment in der Berufsbildung

Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Es wird empfohlen, die Berufslehre anhand von Kompetenzen zu definieren und die Bildungspakete durch diese Standards zu ersetzen.</li><li>• Die Erreichung der Qualifikationsstandards sollte mittels gemeinsamer Assessmentprozeduren geprüft werden.</li></ul> <p><b>Korea:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Lehrpläne der Berufsbildungsinstitutionen sollten den für die Industrie wichtigen nationalen technischen Standards angepasst werden.</li><li>• Mit dem Abschluss der Berufsbildung sollten die Studierenden zwei Zeug-</li></ul>	<p>Die von den Organisationen der Arbeitswelt bestimmten Berufsbilder garantieren eine <b>hohe Arbeitsmarktfähigkeit</b> der Berufslernenden.</p> <p>Sämtliche Abschlüsse der Berufsbildung verfügen über <b>nationale Standards und Prüfungen</b> (Bildungsverordnungen und nationaler Bildungsplan für alle Lernorte). <b>Sie sind kompetenzbasiert.</b></p> <p>Die <b>Qualifikationsstandards werden von der Arbeitswelt festgelegt</b>, womit eine hohe Arbeitsmarktfähigkeit der Lernenden gegeben ist.</p>



<p>nisse erhalten: ein Abschlusszeugnis der Berufsbildungsinstitution und ein Zeugnis zu den technischen Qualifikationen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>Die Effizienz der nationalen technischen Qualifikationen sollte vom Arbeitsministerium evaluiert und falls nötig reformiert werden.</li></ul> <p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>Die Einführung der Reform zur Wissenspromotion bietet eine gute Gelegenheit, die Assessmentprozeduren zu verstärken.</li><li>Ein standardisiertes nationales Assessmentverfahren zur Überprüfung der praktischen Fähigkeiten der Berufslernenden sollte eingeführt werden.</li></ul>	<p><b>Der Arbeitsmarkt evaluiert, inwiefern die Qualifikationsstandards erreicht sind:</b> die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit.</p> <p>Eine ausgebautere <b>höhere Berufsbildung</b> ermöglicht eine flexible ebenfalls stark arbeitsmarktbestimmte Qualifikation auf Tertiärniveau (Tertiär B) für Praktiker. Die Berufsmaturität und Durchlässigkeitsbestimmungen ermöglichen einen Anschluss an die Hochschulen (Tertiär A).</p>
<b>Datenbasis / Transparenz bezüglich Berufsbildung</b>	
<b>Länderempfehlungen OECD</b>	<b>Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele</b>
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>Es sollten mehr Daten über Qualität und Ergebnisse der Berufsbildungsanbieter entwickelt und zur Verfügung gestellt werden. Dies würde die Wahl der Studierenden und das nachfrageorientierte Angebot unterstützen.</li><li>Die Daten sollten bei den Entscheidungen zu Berufsbildungsprogrammen und Berufsbildungspolitik systematisch verwendet werden.</li><li>Die Befragungen von Lehrabgängern/innen sollten ausgedehnt werden.</li></ul> <p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>Die Erarbeitung von Daten und Analysen zur Berufsbildung sollte gefördert werden (ev. Errichtung eines Zentrums für Daten und Analysen). Diese sollten routinemässig für die Politik- und Berufsberatung verwendet werden.</li></ul> <p><b>Schweden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>Informationen über die Ergebnisse der Berufsschulen und Berufsbildungsprogramme für den Arbeitsmarkt sollten publiziert werden.</li><li>Das nationale Register sollte mit Befragungen der Lehrabgänger/innen ergänzt werden.</li></ul> <p><b>Ungarn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>Informationen über die Ergebnisse der Berufsschulen und Berufsbildungsprogramme für den Arbeitsmarkt sollten gesammelt und publiziert werden.</li><li>Um die relevanten Daten zu sammeln, sollte eine Befragung der Lehrabgänger/innen durchgeführt werden.</li></ul>	<p>Die kontinuierliche Verbesserung der Datenlage ist eingeleitet durch folgende Massnahmen:</p> <p>Das <b>Bildungsmonitoring</b> ist aufgebaut. Die Ergebnisse werden im Bildungsbericht publiziert.</p> <p>Die „<b>Modernisierung der Erhebung im Bildungsbereich</b>“ bis 2010 ist in Arbeit (BBT/BFS/Kantone). Ein Identifikator für alle Personen in Ausbildung wird eingeführt (Nutzung der neuen AHV-Nr.)</p> <p>Die Lehrstellenkonferenz 2008 hat beschlossen, die <b>Wirkungszusammenhänge</b> zwischen Lehrstellenmarkt, Fachkräftemangel und Migrationsströmen zu erfassen.</p> <p>Die <b>sechs Leading Houses zur Berufsbildungsforschung</b> generieren Forschungsergebnisse, welche eine wissenschaftsbasierte Steuerung der Berufsbildung ermöglichen sollen. Die entsprechende Strategie wurde 2009 überarbeitet.</p> <p>Neue Erkenntnisse können im Rahmen von <b>Entwicklungs- oder Pilotprojekten</b> getestet und evaluiert werden bevor sie in der ganzen Schweiz umgesetzt werden.</p>



## Praxisbezug in der Berufsbildung

Praxisbezug in der Berufsbildung	
Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Möglichkeiten, die Berufslernenden schon früh in den Produktionsprozess zu integrieren, sollten überprüft werden.</li></ul> <p><b>Korea:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Angebot, Qualität und Wirksamkeit des ersten Arbeitsplatz-Trainings sollten verbessert werden; dies durch Anreize für Partnerschaften zwischen Berufsbildungsinstitutionen und Firmen und durch die Entwicklung und Anwendung von Qualitätsstandards.</li></ul> <p><b>Schweden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Es wird empfohlen, das 15-wöchige Praktikum, das Teil der Berufsbildung auf Sekundarstufe II ist, bezüglich Qualität zu überprüfen und für alle Berufsbildungsprogramme auf Sekundarstufe II für obligatorisch zu erklären.</li><li>• Nur Berufsbildungsprogramme, die Praktika mit einer engen Verbindung zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkt enthalten, sollten angeboten werden.</li><li>• Es wird empfohlen, das Lehrlingssystem als Ergänzung zur rein schulischen Berufsbildung hinsichtlich Finanzierung und Qualität zu fördern.</li><li>• Es sollte gemeinsam vom Staat und den Sozialpartnern und unter Einbezug der internationalen Erfahrung entwickelt werden.</li></ul> <p><b>Ungarn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Alle Berufsbildungsprogramme sollten einen substantiellen Teil an praktischer Ausbildung an einem Arbeitsplatz oder in einer arbeitsplatzähnlichen Umgebung enthalten.</li></ul>	<p>In der Schweiz ist die <b>betriebliche Lehre</b> vorherrschend: <b>Die Lernenden sind in der Regel von Beginn an zu 60-80% im Betrieb</b> tätig.</p> <p>Der Berufsfachschulunterricht (1 - 2 Tage/Woche) ist in <b>berufskundlichen und allgemein bildenden Unterricht</b> aufgeteilt.</p>
Berufsbildungsanbieter / Nachfrage der Studierenden	
Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Studierenden sollten die Möglichkeit haben, die Berufsbildungsanbieter auszuwählen. Der offene Wettbewerb der Anbieter sollte von Massnahmen begleitet sein, welche sicherstellen,<ul style="list-style-type: none"><li>- dass eine gute Auswahl an Berufsbildungsangeboten für alle - auch be-</li></ul></li></ul>	<p>Es besteht ein <b>gut ausgebautes Berufsberatungssystem</b> sowie Lehrstellenmarketing in allen Kantonen.</p> <p>Weil Lehrstellen über den <b>Lehrstellenmarkt</b> vergeben werden, ist die Wahlmöglichkeit</p>



<p>nachteiligte Jugendliche - zugänglich ist,</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- dass bessere Informationen über die Qualität der Angebote für alle erhältlich sind,</li><li>- dass verschieden Anbieter auf einer fairen Basis konkurrenzieren können.</li></ul> <p><b>Schweden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Der Wettbewerb zwischen den Schulen sollte fair ablaufen. Darum sollte mittels einer Überprüfung der Reglemente sichergestellt werden, dass öffentliche und unabhängige Schulen den gleichen Vorschriften unterworfen sind.</li></ul>	<p>vollständig gegeben und allen Jugendlichen zugänglich.</p> <p>Die <b>Bildungsverordnungen sind eidgenössisch geregelt</b>. Die Qualifikationsstandards und Prüfungen sind ebenfalls national geregelt.</p>
<b>Qualifikationen der Lehrpersonen der Berufsbildung</b>	
<b>Länderempfehlungen OECD</b>	<b>Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele</b>
<p><b>Australien:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Initiativen aufgrund derer Lehrpersonen der Berufsbildung zum einen Teil für Berufsbildungsanbieter und zum anderen Teil für die Industrie arbeiten, sollten unterstützt werden. Innovative Strategien sind nötig, um die Anzahl und die Qualität der Lehrpersonen bei den Berufsbildungsanbietern zu sichern.</li><li>• Es sollten bessere Daten zu Lehrpersonen der Berufsbildung gesammelt und veröffentlicht werden sowie auch für die Planung und die Evaluation beizugezogen werden.</li></ul> <p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Lehrpersonen in den praktischen Ausbildungsstätten sollten eine obligatorische Ausbildung erhalten.</li></ul> <p><b>Korea:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Neu rekrutierte Lehrpersonen sollten ermuntert werden, vor dem Beginn der Lehrtätigkeit – vor allem auf Sekundarstufe II - spezifische Arbeitserfahrung zu sammeln.</li><li>• Alle Berufsbildungsinstitutionen sollten sicherstellen, dass Lehrpersonen regelmässig ihre Kenntnisse der Berufsbildung aktualisieren, inklusive ihr Wissen über Technologien und Arbeitspraktiken.</li></ul>	<p>Die <b>Mindeststandards für die Ausbildung sämtlicher Lehrpersonen</b> der Berufsbildung sind im Berufsbildungsgesetz geregelt. Das BBT hat gesamtschweizerische Rahmenlehrpläne für alle Kategorien von Berufsbildungsverantwortlichen erlassen (Lehrpersonen, Instruktor/innen von überbetrieblichen Kursen, Berufsbildner/innen am Arbeitsplatz, Expert/innen für Prüfungen).</p> <p><b>Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) ist das Kompetenzzentrum</b> für Fragen der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen. Das EHB ist auch in der Berufsentwicklung und -forschung tätig und unterstützt damit die Diffusion von Forschungserkenntnissen in die Praxis.</p> <p>Ein Leading House (Uni Fribourg) zur Berufsbildungsforschung beschäftigt sich mit dem Schwerpunkt <b>Qualitätsstandards der Lehrpersonen</b> der Berufsbildung.</p>



## Berufsberatung / Chancengleichheit

Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Norwegen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Um potenzielle Schulaussteiger besser zu unterstützen, sollten die Interventionsmöglichkeiten in der frühen Kindheit und Schulzeit verstärkt werden.</li><li>• Die Flexibilität des Systems sollte dazu benutzt werden, Studierende der Berufsbildung in den Ausbildungsgängen zu halten und Initiativen, die die Ungleichheiten verstärken, sollten vermieden werden.</li><li>• Die Datenlage bezüglich der Studierendenflüsse in der Ausbildung und bezüglich der Arbeitsmarktchancen der Schulaussteiger sollte verbessert werden.</li></ul> <p><b>Ungarn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Gut ausgebildete Berufsberater sollten die Schüler/innen in den Elementarschulen (Primarschulstufe) systematisch über die Möglichkeiten auf der Sekundarstufe beraten.</li><li>• Studierende in der Berufsbildung sollten verständliche, verlässliche und umfassende Informationen über alle Berufe erhalten.</li></ul>	<p>Jugendliche mit Schwierigkeiten werden durch verschiedene Massnahmen unterstützt (z.B. <b>Case Management, Mentoring</b>).</p> <p>Die Schweiz führt im Rahmen der „<b>Modernisierung der Erhebung im Bildungsreich</b>“ den sog. <b>Identifikator</b>. Er ermöglicht in anonymisierter Form ab 2010 die Erfassung von Bildungskarrieren, z.B. ob ein effektiver Lehrabbruch stattgefunden hat oder ob nur die Lehrstelle gewechselt wurde, wer effektiv Schulaussteiger ist und wer nur den Ausbildungsweg oder die Lehre gewechselt hat.</p> <p>Es besteht ein <b>gut ausgebautes Beratungssystem</b> in der ganzen Schweiz.</p>

## Zulassung Berufsbildung / Übertritt

Länderempfehlungen OECD	Warum hat die Schweiz keine solchen Empfehlungen? Beispiele
<p><b>Schweden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Das aktuelle nicht-selektive System für die Programme des Sekundarbereichs II sollte beibehalten werden.</li></ul> <p><b>Ungarn:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Standardisierung des Übergangs vom Sekundarbereich I zum Sekundarbereich II nach der neunten Klasse wird empfohlen; die praktische Ausbildung sollte in der 10. nicht wie bisher in der 11. Klasse beginnen.</li></ul>	<p>Diese Programme sind in der Schweiz nicht-selektiv.</p> <p>In der Schweiz schliesst die Berufslehre an die neun Jahre obligatorische Schule an.</p>



## Learning for Jobs: Empfehlungen der OECD zur schweizerischen Berufsbildung

<b>Schweiz</b>	<b>Was macht die Schweiz mit den Empfehlungen</b>
<p><b>Daten:</b> Die Erhaltung der hohen Qualität des Berufsbildungssystems sollte durch praktische Massnahmen gewährleistet werden. Dazu müssen relevante Daten generiert werden.</p> <p><b>Verhältnis berufliche / akademische Ausbildung:</b> Eine Prüfung / Klärung sollte gemacht werden, ob das Verhältnis von jungen Personen in beruflicher und akademischer Ausbildung den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entspricht.</p>	<p>Kontinuierliche Verbesserung ist eingeleitet durch:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- <b>Bildungsmonitoring</b> → Bildungsbericht → gezieltes Schliessen von Datenlücken</li><li>- <b>Modernisierung der Erhebung im Bildungsbereich</b> bis 2010 → Identifikator wird das Erfassen von individuellen Bildungsverläufen ermöglichen</li><li>- <b>Lehrstellenkonferenz 2008:</b> Wirkungszusammenhänge zwischen Lehrstellenmarkt, Fachkräftemangel und Migrationsströmen sollen erfasst werden</li><li>- <b>6 Leading Houses zur Berufsbildungsforschung</b> generieren Forschungsergebnisse, welche eine wissenschaftsbasierte Steuerung der Berufsbildung ermöglichen sollen.</li></ul>
<p><b>Lehrabbrüche:</b> Die Anzahl Lehrabbrüche ist zu minimieren, und Personen, die die Lehre abbrechen, sind adäquat zu unterstützen.</p> <p><b>Finanzierung:</b> Für die Finanzierung der Berufs- und der universitären Bildung durch die öffentliche Hand sind gleiche Regeln zu definieren.</p> <p><b>Frauenförderung:</b> Die Berufsbildung ist vermehrt für die Qualifizierung von Frauen einzusetzen.</p>	<p><b>Lehrabbrüche:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- <b>Modernisierung der Erhebung im Bildungsbereich</b> bis 2010 → Identifikator ermöglicht das genaue Messen der Abbrüche und kann darüber Aussagen machen, welches wirkliche Dropouts sind und welche Jugendliche zu den „Wechsler“ gehören</li><li>- Case Management → 4 Phasen (a. 7./8. Schuljahr; b. 9. Schuljahr; c. Übergang S I – SII in die Lehre; d. während der Lehre, ermöglicht die Erfassung der Lernenden mit Mehrfachproblematiken (schulisch, sozial usw.)</li></ul> <p><b>Finanzierung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Analyse und Erhebung der Finanzströme im höheren Berufsbildungsbereich abgeschlossen</li><li>- Bis Ende 2009 sollen Lösungsvorschläge für höhere Fachschulen und vorbereitende Kurse von Berufs- und Höheren Fachprüfungen vorliegen</li><li>- Richtige Positionierung der Abschlüsse und Qualifikationen im internationalen Kontext anstreben</li></ul> <p><b>Frauenförderung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Problem bereits im Bildungsbericht 2006 erkannt</li><li>- Vielschichtiges Problem (z.B. hoher Frauenanteil im Gymnasium)</li></ul>



	<ul style="list-style-type: none"><li>- BR Leuthard hat Innovationskonferenz zum naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchsproblem im Jahr 2008 initiiert → Massnahmenplan ist in Umsetzung</li><li>- GfS-Marktanalyse zum Thema der Wiedereinsteigerinnen ist in Auftrag gegeben; Ergebnisse werden im November 2009 erwartet</li><li>- Nachholbildung für Erwachsene auf Sekundarstufe II ist in den neuen Bildungsverordnungen verankert → gezieltes Ausschöpfen der Erwerbspotentials der Frauen ist anzustreben</li><li>- Verfahren zur Validierung der nicht-formal erworbenen Lernleistungen sind in der Pilotphase; Ergebnisse sollten 2010 vorliegen.</li></ul>
<p><b>Massnahmenplanung:</b> Eine strategische Notfall-Planung ist für den Fall einzurichten, dass die Firmen infolge der Krise weniger Lehrstellen anbieten.</p>	<p><b>Grundlage für die „strategische Notfall-Planung“ wurde 2003 mit der TaskForce Lehrstellen entwickelt. Gesetzlicher Auftrag im BBG</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Zahlreiche <b>Messinstrumente</b> vorhanden (Lehrstellenbarometer, monatliche Umfragen bei den Kantonen, Arbeitslosendaten)</li><li>- Lehrstellenmarketing in jedem Kanton entwickelt und <b>ausbaufähig</b> (Lehrstellenförderer sowie verschiedene regionale Initiativen)</li><li>- <b>Case Management</b> in jedem Kanton konzeptionell entwickelt und im Aufbau, jederzeit ausbaufähig durch zusätzliche Case Manager</li><li>- Auffanglösungen durch temporäres Ausweiten der <b>Brückenangebote</b></li><li>- Schaffung von <b>Lehrbetriebsverbänden</b></li><li>- Kampagne „Berufsbildungsplus“.</li></ul>

Kontakt/Rückfragen:

Ursula Renold, Direktorin BBT, Tel. 031 323 76 12

Adrian Wüest, Projektverantwortlicher Ressort Grundsatzfragen und Politik, BBT, Tel. 031 323 22 72

Download:

Learning for Jobs. OECD Studie zur Berufsbildung: [www.bbt.admin.ch](http://www.bbt.admin.ch) oder [http://www.oecd.org/document/42/0,3343,en\\_2649\\_39263238\\_40344106\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/42/0,3343,en_2649_39263238_40344106_1_1_1_1,00.html).